

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/015

Chronik vom 4. Oktober 1960 bis zum 1. Mai 1961

04.10.1960

DDR: Walter Ulbricht (Vorsitzender des Staatsrats) gibt am 4. Oktober 1960 eine programmatische Erklärung ab.

Die inhaltliche Bestimmung der "Religionsfreiheit" deckt sich demnach im wesentlichen mit der staatsrechtlichen Regelung der Sowjetunion.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/216): >>... Die Religionsfreiheit wird auf Kultfreiheit begrenzt, wenn Ulbricht sagt: "Die Angehörigen der Evangelischen Kirche, der Katholischen Kirche sowie der Jüdischen Gemeinde haben in unserer DDR die Möglichkeit, in der Kirche bzw. Synagoge ihre religiösen Anliegen zu pflegen." ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchensteuer" in der SBZ (x009/216): >>... Nach einer Erklärung des Ministers der Justiz müssen Kirchensteuern als Beiträge angesehen werden. Zwangsbeitreibungen sind nicht mehr möglich; der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Kirchensteuerämter sind auf Schätzungen angewiesen bzw. auf die Einsicht der zu Besteuernden, wahrheitsgemäße Erklärungen abzugeben. ...<<

10.10.1960

USA: Präsident Ahmed Sékou Touré (1922-1984, Vorkämpfer für die Unabhängigkeit der schwarzafrikanischer Staaten, ab 1958 Präsident von Guinea) erklärt am 10. Oktober 1960 während einer Rede vor der UN-Vollversammlung (x073/316): >>... Isoliert genommen, bedeutet die politische Unabhängigkeit keineswegs völlig nationale Befreiung. Sie ist gewiß eine entscheidende und notwendige Etappe.

Dennoch sind wir gezwungen zu erkennen, daß die nationale Unabhängigkeit nicht nur politische Befreiung, sondern auch und vor allem eine totale wirtschaftliche Befreiung voraussetzt. Ohne diese beiden Forderungen ist kein sozialer Fortschritt möglich. Wenn Afrika sich aber wirtschaftlich befreien soll, darf es nicht länger als Rohstoff-Reservoir gelten.

Wir müssen den gegenwärtigen Zustand der Unterentwicklung fast des ganzen Erdteils Afrika betonen. Sie ist eine direkte Folge des Fehlens jeder typisch afrikanischen Wirtschaft. Die neuen Staaten stehen, wenn sie sich von der Knechtschaft befreien, dem schwerwiegenden Tatbestand gegenüber, daß die afrikanische Wirtschaft zerstückelt und den Wirtschaftsberei-

chen der jeweiligen ehemaligen Kolonialmächte integriert ist. ...

Die falsche koloniale Vorstellung, daß es unmöglich sei, Afrika zu industrialisieren, muß aufgegeben werden zugunsten neuer Ideen, die auf die unausweichliche Entwicklung aller Kontinente eingehen – darunter des Erdteils Afrika – und die absolute Notwendigkeit einer Industrialisierung der Länder Afrikas einschließen.

Wir sind davon überzeugt, daß die Industrialisierung Afrikas keineswegs die Entwicklungschancen anderer Erdteile beeinträchtigt, sondern sie im Gegenteil beträchtlich erhöht. Die Bedürfnisse Afrikas auf allen Gebieten werden wachsen.

Umstellen müssen sich also nur jene, die heute die Weltwirtschaft in der Hand halten; sie müssen sich nicht nur mit der politischen, sondern auch mit der wirtschaftlichen Emanzipation Afrikas abfinden: Sie gehört zur Harmonie und zum neuen Gleichgewicht der Welt.<<

24.10.1960

China: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Oktober 1960 über die Volksrepublik China (x299/156): >>... Nachdem das chinesische Volk seit einem Jahrzehnt angestrengt für den Aufbau gearbeitet hat, und nachdem diese Anstrengung 1958, als der "große Sprung" vorwärts begann, verdoppelt worden ist, meinen viele Chinesen, es sei an der Zeit, neben der Arbeit auch die Errungenschaften der Revolution mit einiger Mühe zu genießen. ... Die Partei antwortet, dieser Begriff von Glück sei "fad und geschmacklos", gleich "stagnierendem Wasser" und sei unkommunistisch. Das Glück der Menschen liege in der Aktivität, ... für die Verwirklichung des Kommunismus in China zu kämpfen.<<

31.10.1960

Polen: Die Zeitung "Polityka" führt am 31. Oktober 1960 die unmenschlichen Zustände bei der Vertreibung der Deutschen vor allem auf die chaotischen Nachkriegsverhältnisse zurück (x125/179-180): >>... Kardinal Döpfner vergißt, daß zur gleichen Zeit unter ähnlichen Bedingungen Hunderttausende von Polen umzogen. Wenn es an Waggons, Lebensmitteln und warmen Kleidern fehlte, so betraf das in gleichem Maße Polen wie Deutsche.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die "polnische Geschichtsschreibung" (x024/309): >>... Unwahrheiten stehen einem vorurteilsfreien, aufrichtigen Verhältnis zwischen Polen und Deutschen entgegen. Dabei ist Wahrhaftigkeit die notwendigste Voraussetzung für ein gutes Verhältnis unter Menschen und unter Völkern.

Doch ein Versöhnungswerk zwischen Polen, Tschechen, Russen und Deutschen scheint schwerer zu erreichen als etwa zwischen Deutschen und Franzosen, die jahrzehntelang als "Erbfeinde" galten. Denn weder in Frankreich noch in Deutschland werden Lügen künstlich am Leben erhalten. ...<<

08.11.1960

USA: John F. Kennedy (1917-1963, Parteimitglied der "Demokraten") wird am 8. November 1960 mit knapper Mehrheit zum jüngsten Präsidenten in der Geschichte der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über John F. Kennedy (x068/311-318): >>... Der bald zum Heroen, fast zur Legende hochstilisierte John F. Kennedy, der charismatische Führer der Nation, hatte sich bei einer Wahlbeteiligung von fast 69 Millionen Bürgern mit einer hauchdünnen Mehrheit von rund einhunderttausend Stimmen gegen den Republikaner und Vizepräsidenten Eisenhower, Richard M. Nixon, durchgesetzt.

Das Managerzeitalter begann nun auch in die Politik zu drängen, sie zu prägen, und beide, Nixon wie Kennedy, waren, bei allen Unterschieden, seine ersten, so damals Eric Sevareid, komplett standardisierten Produkte: adrette, glatt verbindliche Organisatoren, ehrgeizig, gerissen, opportunistisch, niemandem mehr als dem eigenen Aufstieg verpflichtet.

Am meisten arbeitete für Kennedy wohl das Geld seines Vaters, nach Präsident Roosevelt,

dessen enger Mitarbeiter der Bankier, Reeder und Botschafter (in London) Joseph P. Kennedy zeitweise war, "das größte Ekel, das je auf Gottes Erdboden herumlief".

Joseph Kennedy wollte den Sohn um jeden Preis zum Präsidenten machen, dafür jedoch keinen Dollar mehr als nötig investieren – Spötter führten darauf den knappen Wahlsieg zurück. Jedenfalls hat Vater Kennedy seinen unbändigen Ehrgeiz auf die Seinen übertragen, den Sinn fürs "Gewinnen", den Gedanken, daß ein Kennedy nie Zweiter sein dürfe. Und mit Hilfe seiner Millionen bestach der Sprößling alles, was sich bestechen ließ - und was ließe sich da nicht bestechen.

"In der amerikanischen Politik ist alles zu kaufen": Richard Lamm, Professor und Gouverneur des Staates Colorado. Bestach hochverschuldete oder einfach geldgierige Politiker, weiße Politiker und schwarze Politiker. Er führte seinen Wahlkampf, so Historiker Thomas Reeves, "mit zynischer Manipulation der Sachfragen und zügellosem Geldaufwand, mit Wahlbetrug und Mafia". (Man erinnere sich daran, daß im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, nach Frank Fahrenkopf, dem Vorsitzenden der Republikanischen Partei (1987), selbst Bewohner "leerer Häuser", ja "Leichen bei Wahlen ihre Stimme abgeben").

Hilfreich war Kennedy ohne Zweifel auch eine Erfindung, die er nicht als Schriftsteller machte - der er ursprünglich hatte werden wollen (bis er wohl erkannte, daß Ruhm in der Literatur nicht zu kaufen ist) -, sondern als Politiker; eine Erfindung, die er zumindest weitergab: das Märchen von einer "Raketenlücke". Diese Lücke bestand zwar nicht, nicht im Geringsten. Doch immer, wenn man in den Staaten die Rüstung hinaufkatapultieren will, entdeckt man eine Lücke. Einst war es eine "Panzerlücke".

Und nun stellte Kennedy die "Raketenlücke" im militärpolitischen Teil seines Wahlkampfes in den Mittelpunkt. Jahrelang hatte man von dieser Lücke geredet, hatte man behauptet, die Russen besäßen in absehbarer Zeit bei den Interkontinentalraketen einen Vorsprung von 4:1. Kennedy selbst hatte die "Lücke" schon 1958 beschworen, eine Gefahr, so sagte er, "die tödlicher ist als alle Gefahren, die wir jemals in Kriegszeiten bestanden haben".

In Wirklichkeit besaß man damals eine Raketenüberlegenheit von 3:1, bei den schweren Bombern sogar einen Vorsprung von 10:1.

Die Rüstung wurde gleichwohl weiter forciert. Im Übrigen war die "Lücke" ein erfolgreicher Wahlkampfslager. Und kaum ist Kennedy Präsident, erklärt sein Verteidigungsminister, die "Raketenlücke" beruhe auf falschen Schätzungen.

Zum Sieg verhalf Kennedy sicher auch seine Intelligenz, sein Elan, überhaupt - er war der erste im 20. Jahrhundert geborene US-Präsident - seine Jugend, die Gegner Nixon ihm gerade vorwarf. Das Geld, das Strahlen, die Wachheit, die spröde Ironie, die Energie, seine Tricks und Lügen, seine forschen Improvisationen, eine gewisse Aufgeschlossenheit selbst für Soziales, ja, noch die durch die Medien hochgespielte (bescheidene) Attraktivität seiner Frau, all dies half zusammen, das Rennen gerade noch vor dem Konkurrenten zu machen.

Doch noch der auf fast tausend Seiten die "tausend Tage" seines Chefs bewundernde Arthur M. Schlesinger, militärischer Geheimdienstleiter während des Krieges, Historiker und Sonderberater im Weißen Haus, findet bei Kennedy ("kühl, gefaßt und souverän, ein Sohn Irlands und Harvards") doch überall auch eine Prise 'Mache'. Freilich meint der Chronist, jeder Politiker müsse "ein wenig bluffen, und Kennedy war ein Politiker, der entschlossen war, Präsident zu werden. Er war bereit, so manchen Trick anzuwenden, Menschen und Situationen auszunützen, Begeisterung zu markieren, ja sogar sich anzupreisen".

Kennedy - braun, gestählt, fast wie eine Sportnatur wirkend - hatte schon mehrere Operationen hinter sich, eine defekte Wirbelsäule, eine Staphylokokken-Infektion, zeitweise Krücken, zeitweise eine Stahlscheibe, Fieber über 41 Grad, Anämie, chronische Krämpfe, das linke Bein zwei Zentimeter kürzer, er trug Einlagen in den Schuhen, einen Stützgürtel, hatte die Sterbesakramente schon empfangen, sein Lieblingsgedicht war von Alan Seegers und hieß: "I

have a Rendezvous with Death ..."

Nun brachte der junge Präsident nicht nur äußerlich "frischen Wind" in die dumpfe, stagnierende Atmosphäre der zu Ende gehenden Eisenhower-Administration. Außenpolitisch war die Regierung keinen Schritt vorangekommen, innenpolitisch die Passivität zum Greifen. Jetzt kamen viele neue Männer, neue Köpfe, Menschen oft ganz anderen Schlages als vordem, viele Professoren, zum Beispiel, geschwätzig diskutierend, ideenbewußt; junge, lässige, lakonische Leute auch, zynisch und interessant.

Eisenhower aber war alt, abgekämpft - "ein furchtbar kalter Mensch", sagte Kennedy. Seine Golfpartner seien lauter reiche Leute, die er erst "seit 1945" kenne, und "niemand ist seinen alten Freunden so wenig treu wie Eisenhower." Der Kalte, Untreue seinerseits nannte Kennedy den "kleinen Gernegroß" - öffentlich erschienen beide Arm in Arm.

Es gab genug Narren und gibt sie noch, die Kennedys junge Regierung Kraft aus einer Neubewertung ziehen sahen auf die wahren Werte amerikanischer Existenz. Was aber waren, sind diese Werte, die Standardphrasen Demokratie, Freiheit und der ganze pseudoliberalen Quark einmal beiseite?

Kennedy suchte (doch wer da schon suchen muß!) für seine Wahlkampagne "eine unverwechselbare Note". Er wollte sich "unterscheiden" von seinem Rivalen. Und dann wollte er - sein "spezifisches Thema" - Amerika wieder in Bewegung setzen. Und er bewegte es auch, vor allem verbal.

Das amerikanische Volk, sagte er, sei "über das gegenwärtige Treibenlassen unseres Staatsschiffes beunruhigt". Man werde aber "die Vereinigten Staaten wieder in Bewegung setzen", werde "dieses Land in den sechziger Jahren vorwärtsbringen ..."

"Die alte Welt ist im Wandel begriffen", sagte er.

"Die alte Ära neigt sich ihrem Ende zu. Die alten Methoden genügen nicht mehr."

"Wir sind eine neue Generation."

Er sagte, "nicht alle Probleme sind gelöst", die Zukunft sei "voller Gefahren, aber auch voll strahlender Hoffnung".

Die Zukunft, sagte er, werde "völlig anders sein". Das allgemeine Erwachen setze "mehr Energie frei" als selbst "die Spaltung eines Atoms".

"Krieg und Frieden", sagte er, "der Fortschritt dieses Landes, die Sicherheit unseres Volkes, die Ausbildung unserer Kinder, Arbeitsplätze für Männer und Frauen, die arbeiten wollen, der Ausbau unserer Rohstoffquellen - das Bewußtsein, eine Nation zu sein, das Bild, das die Nation der Welt darbietet, ihre Macht, ihr Prestige und ihre Zielsetzung - das alles ...", das alles und noch viel mehr sagte er.

"Ich kandidiere für die Präsidentschaft, weil sie Mittelpunkt des Handelns ist". Und vom neuen Amerika, von seiner Kraft, seiner Begeisterung hänge es ab, "ob auf die Dauer Licht in der Welt regiert oder Dunkelheit ..."

Kennedy bekannte sich zur globalen amerikanischen Mission, er sprach vom "Ruf der Trompete", die Lasten eines langen Kampfes zu tragen, "jahraus und jahrein".

Er rief: "Laßt uns den amerikanischen Kontinent von neuem in einen Schmelztiegel revolutionärer Ideen und Taten verwandeln - ein Tribut an die Macht der schöpferischen Energien freier Männer und Frauen - ein Beispiel für die ganze Welt, daß Freiheit und Fortschritt Hand in Hand gehen."

Lauter Phrasen.

Und dafür hatte er einen Stab von Redenschreibern schon im Wahlkampf und dachte, als geborener Manager, natürlich an weitere, falls die bisherigen "im Lauf der Zeit vielleicht ermüden und keine Ideen mehr haben könnten ..."

Allmächtiger! - Ja, auch der war natürlich mit von der Partie bei Kennedy, dem Katholiken.

"Vor Ihnen und vor Gott dem Allmächtigen" (aber nach den US-Gewaltigen erst!) "habe ich

den feierlichen Eid geleistet, ..." sagte Kennedy am Tag seines Einzugs ins Weiße Haus - und setzte die Welt in Bewegung.

Einmal hatten sie schon - nun wer wohl? "Die Siedler" natürlich in Bewegung gesetzt. Jawohl, "die Siedler" hatten einst die Grenze "5.000 Kilometer weit" verschoben, hatten "ihre Sicherheit, ihre Bequemlichkeit und manchmal sogar ihr Leben" geopfert, "um hier im Westen eine neue Welt aufzubauen ... Ihr Motto war nicht Jeder für sich!, sondern Alle für die gemeinsame Sache!"

Der Indianer-Genozid als Vorbild! Raub über 5.000 Kilometer! Alles für die gemeinsame Sache. Jawohl. Kennedy kämpfte dafür schon in einer seiner ersten außenpolitischen Aktionen, wenn nicht seiner ersten überhaupt, kämpfte weltweit dafür mit seinem "Hilfsprogramm". Man nannte es "Lebensmittel-für-den-Frieden-Gesetz".

Das klang gut. In Wirklichkeit war es nichts als eine alte Sache unter neuem Namen, das Gesetz 480 zur Entwicklung und Unterstützung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte von 1954, intern unter der Bezeichnung "Überschußverwertung" bekannt, genau richtig zwar, jetzt aber menschenfreundlicher benannt. Es ging nun nicht mehr darum, mehr oder weniger unerwünschte landwirtschaftliche Überschüsse der USA im Ausland abzusetzen, sondern vielmehr "Amerikas landwirtschaftliche Kapazität in größtmöglichem Umfang zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse in der ganzen Welt und zur Förderung der Weltwirtschaftsentwicklung einzusetzen".

Das wundervolle Gesetz, "die Alchimie des 20. Jahrhunderts" (Hubert Humphrey) half tatsächlich allen: es rettete die Armen vom Hungertod, statistisch wirkte es sich freilich nicht aus, und, dies wirkte sich aus, nachweislich, es beseitigte die Überproduktion, es verringerte die Lagerkosten, es erhöhte die Einnahmen der Farmer, es erhöhte sogar durch die Auflage, den Nahrungsmitteltransport auf US-Schiffen vorzunehmen, die Einkünfte der Schifffahrt. Denn immerhin erreichten die Lieferungen während der Kennedy-Zeit einen Wert von fast 1,5 Milliarden Dollar im Jahr.

Alles für die gemeinsame Sache. So hatte Kennedy natürlich auch bei seiner Regierungsbildung gedacht und erst mal seinen Bruder ins Justizministerium gesetzt. Hatte der doch schon die Säuberungsaktionen McCarthys unterstützt, des größten Kommunistenjägers der USA im 20. Jahrhundert.

Hochrangige Politiker und Militärs wurden dabei den irrsinnigsten Vorwürfen ausgesetzt, wurden nach Herzenslust gedemütigt, verleumdet, verklagt, hinweggefegt, die Exzesse besonders vom hohen katholischen Klerus geschürt, am meisten und längsten von Kardinal Spellman. Und Robert Kennedy saß sogar im Stab des berüchtigten "Committee".

So aktiv er aber damals war, so zurückhaltend verhielt er sich jetzt, als die weißen Amerikaner die Schwarzen jagten oder die Regierung Kennedy, so Historiker Kenneth O'Reilly, "Krieg gegen ihre eigenen Bürger führte", mit dem Einsatz von Bundestruppen, Hunderten von Verletzten, vielen Tausenden von Verhafteten. Schließlich war die Welt in Bewegung zu setzen in einem Land, in dem noch zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Telefonbüchern Namen der Schwarzen durch ein umzirkeltes C (coloured) gekennzeichnet, Speise- oder Kaufhäuser, Hotelschilder mit der frohen Botschaft geschmückt waren: "No negroes, no jews, no dogs".

Just aber zu einer Zeit, als bei Bürgerrechtsdemonstrationen noch immer Schwarze beinahe Tag für Tag geschlagen wurden, als man sie - doch hatte man es je anders gehalten? - peitschte, lynchte, als man Bomben in Negerheime warf, da verlautbarte aus dem Justizministerium: "Es ist fraglich, ob das Recht, nicht verprügelt zu werden, durch die Bundesverfassung oder durch ein anderes Bundesgesetz geschützt ist".

Zwar hatte man zunächst wirklich versucht, die Täter der Justiz zuzuführen. Doch dann erklärte Justizminister Robert Kennedy selbst: "Ich habe nachts nicht schlaflos gelegen und mir

Sorgen um die Schwarzen gemacht".

Schließlich wollten die Kennedys nicht weiße Wählerstimmen einbüßen, mochte man im freiesten Land der Welt noch so empörend frei schikanieren, ermorden, auch Martin Luther King, den Bürgerrechtsführer, dessen Telefon Präsident Kennedy durch das FBI abhören ließ. In gute, die Welt wandelnde Hände kam auch das Finanzressort, in die des Douglas Dillon, eines Republikaners, des Sohnes von Clarence Dillon aus dem die europäischen Faschisten finanzierenden Bankhaus Dillon, Read & Co., eines Mannes somit, der das volle Vertrauen der Wallstreet besaß und die Millionen springen ließ.

"Was das Land im kommenden Haushaltsjahr braucht, ist das größtmögliche Defizit, das den Ausländern keine Angst macht - sagen wir 5 Milliarden", verkündete Finanzminister Dillon gleich, denn man steckte schon wieder in einer Rezession, und es ist klar, wem die Milliarden zugute kamen. Auch propagierte er alsbald einen Steuerkredit, ebenfalls zugunsten der Geschäftswelt natürlich.

Und auch unter Verteidigungsminister Robert McNamara zeigte sich: "Die alten Methoden genügen nicht mehr." So wurde die Strategie der "massiven Vergeltung" der Dulles- Ära abgelöst durch die 1957 von Kissinger konzipierte Strategie der "flexiblen Erwidern" (Flexible Response), wobei als wirkungsvollere Reaktion, als weitaus effektivste Form der Kriegsführung, der begrenzte atomare Konflikt empfohlen wurde, die amerikanische "Vergeltungsfähigkeit", also die Erhaltung der nuklearen Superiorität, um "lokale Kämpfe zu unseren eigenen Bedingungen zu führen", das heißt, um Staaten gegebenenfalls atomar erpressen zu können.

Im Übrigen genügten die bisherigen Armeebestände und Vernichtungspotentiale längst nicht mehr. Die "verwendbare Macht" war McNamara viel zu klein, ja, es war überhaupt keine Möglichkeit gegeben, die Streitkräfte "zu vernünftigen Zwecken" einzusetzen. Also rüstete man atomar weiter und konventionell.

Das Raketen-, das Polaris-Unterseebootprogramm wurde beschleunigt und ausgeweitet, ebenso das Zivilverteidigungsprogramm, überhaupt die herkömmliche Heeresmacht modernisiert. Vor allem befahl Kennedy, als wichtigste Militärreform "unsere Lufttransportkapazitäten zu vergrößern". Dies sollte "die Fähigkeit unserer konventionellen Streitkräfte besser gewährleisten, schnell und den jeweiligen Umständen angemessen, zu jedem beliebigen Zeitpunkt auf jedes Problem, in jedem Gebiet der Erde zu reagieren".

In einer Sonderbotschaft an den Kongreß forderte der Präsident zusätzlich 650 Millionen Dollar für den Verteidigungshaushalt. Und nur wenige Monate später, um ja für jeden "Eventualfall" gewappnet zu sein, noch mal zusätzlich 3,5 Milliarden Dollar, die Hälfte der Summe für sofortige Beschaffung von Waffen und Ausrüstung, zur Fütterung der Rüstungsindustrie und Dämpfung der bösen Russen. Denn war die Zukunft nicht "voller Gefahren, aber auch voll strahlender Hoffnung"?

Die ersten hundert der tausend Tage Kennedys waren noch gar nicht ganz vergangen, da lieferte er ein glänzendes Beispiel für jene Bekämpfung des Krieges, der Tyrannei und der Armut, die er in seiner Antrittsrede am 20. Januar 1961 verkündet hatte. ...<<

15.11.1960

DDR: Die SED-Presse veröffentlicht am 15. November 1960 den Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches.

26.11.1960

Indien: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. November 1960 über Indien (x191/205): >>... Inder, die Mietshäuser bauen – so wurde uns berichtet – halten Mieten für normal, die in etwa 2 Jahren das investierte Kapital zurückbringen. Im Grunde liege es dem indischen Geschäftsmann wenig, Fabriken zu bauen, die erst über Jahrzehnte hin wirklich dauerhaften Ertrag versprechen.<<

06.12.1960

UdSSR: Die Prawda berichtet am 6. Dezember 1960 über die internationalen Ziele der Kommunistischen Partei (x299/166): >>... Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegungen der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern.

Die kommunistischen Parteien ... warten nicht passiv auf den Sieg des Sozialismus.<<

29.12.1960

DDR: Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR vereinbaren am 29. Dezember 1960 eine Verlängerung des Interzonenhandelsabkommens.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Interzonenverkehr" (x009/194): >>... Während der Jahre 1951 bis 1960 wurden weit über 352 Millionen Pakete und Päckchen aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) nach der SBZ und den Sowjetsektor von Berlin verschickt. Etwa die Hälfte davon waren Pakete.<<

1960

DDR: Im Jahre 1960 fliehen 199.188 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flüchtlinge und Ostvertriebenen" in der SBZ (x009/131): >>In der SBZ werden Vertriebene aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und aus den osteuropäischen Ländern als Umsiedler oder Neubürger bezeichnet. ...

Für die SBZ liegen trotz der in den Jahren 1950-1960 erfolgten Zugänge von über 100.000 Aussiedlern aus Polen und den übrigen osteuropäischen Gebieten keine neuen Angaben über den Anteil der Umsiedler an der Bevölkerung vor.

Dagegen stieg in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil der Vertriebenen (ihr Anteil an den Antragstellern im Notaufnahmeverfahren schwankte während der Jahre 1952 bis 1960 zwischen 22,8 % und 24,4 %) bis zum 31.12.1960 auf 9,697 Millionen = 18,4 % der Bevölkerung.

Über die Verteilung der Vertriebenen auf die Bezirke sowie ihre berufliche Eingliederung existieren keinerlei amtliche Veröffentlichungen. ...

Den Vertriebenen ist jeder Zusammenschluß und jede Betätigung mit dem Ziel der Rückkehr in die Heimat verboten. Sie gehören im allgemeinen zu den schärfsten Gegnern des SED-Regimes.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Wohnungsbau" im Jahre 1960 in den SBZ (x009/494-495): >>Der Wohnungsbau ist in der SBZ seit Kriegsende zugunsten der Errichtung von Industrie-, Verwaltungs- und militärischen Bauten vernachlässigt worden, obwohl erhebliche Schäden an Wohnungen entstanden waren. ...

Zwischen Kriegsende und 1960 wurden in der SBZ durch Instandsetzung teilzerstörter Wohngebäude etwa 300.000 Wohnungen wieder wohnbar gemacht, höchstens 70.000 Wohnungen sind neu gebaut worden.

In diesem Zeitraum hatte die Bundesrepublik einen Reinzugang von rund 3,5 Millionen Wohnungen, d.h., auf die unterschiedliche Bevölkerungszahl umgerechnet eine fast 4fach größere Wohnungsbautätigkeit als die SBZ.

Erst ab 1957 stieg die Wohnungsbautätigkeit in der SBZ etwas stärker an, erreichte jedoch niemals den vergleichweisen Stand in der Bundesrepublik.

Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß die Wohnfläche je neu erstellter Wohneinheit in der Bundesrepublik in allen Jahren größer war als in der SBZ, z.B. 1960 BRD = 70 qm, SBZ 56 qm. Auch hinsichtlich der Qualität, des Komforts usw. befindet sich der Wohnungsbau in der SBZ im Rückstand.

Das SED-Regime verkündet neuerdings, es wolle sich nunmehr intensiv dem Wohnungsbau zuwenden, obwohl die unverminderte Mangelsituation bei Baustoffen, Baumaschinen und

Baufacharbeitern allgemein bekannt ist.

Nach den vorliegenden Planzahlen des Siebenjahresplanes wird jedoch der Anteil des Wohnungsbaues an der gesamten Bauproduktion bis 1965 nur rund 20 % betragen, also noch weniger als in den vergangenen Jahren. Selbst wenn die Planziele erreicht werden, würde damit der vorhandene Wohnungsbedarf nach den Berechnungen westlicher Experten nur etwa zur Hälfte abgedeckt. ...<<

BRD: Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den Wertewandel seit 1960 (x306/10-11): >>... Der Zufall wollte, daß der Verfasser den Paradigmenwechsel der Jahre von 1958 bis zum Bau der Berliner Mauer, als dieser Kulturwandel sozialverbindlich zu werden begann, intensiv erleben konnte. Zwischen 1957 und 1961 hatte er drei Winter in Indien zugebracht. Im Sommer hatte ihn das Schreiben eines Buches über die neuere indische Geschichte seit der Gründung des indischen Nationalkongresses beschäftigt. In deutsche Zeitungen hatte er kaum geblickt.

Als er nach Erscheinen des Indien-Buches 1962 den Duisburger Historikertag besuchte, bemerkte er völlig überrascht, daß an die Stelle der Bonner Bundesrepublik, die er 1957 verlassen hatte, eine - nicht im Detail, aber in der Tendenz - neue Republik, die Frankfurter (aber auch Hamburger) Meinungs- und Medienrepublik, getreten war.

Die Einzelheiten können in dem von Clemens Albrecht u.a. herausgegebenen Sammelband "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule" nachgelesen werden.

Der Paradigmenwechsel des Jahres 1960 griff als fortschreitender Wertewandel um sich. In den verschiedensten Lebensbereichen setzte sich die Auffassung fest, daß "nicht Konflikt und Wandel, sondern Stabilität und Ordnung der pathologische Sonderfall des sozialen Lebens" (Helmut Schelsky) sei. Einsprüche wurden auf einen latenten deutschen Kulturpessimismus zurückgeführt, der einem angelsächsischen Optimismus gegenüberzustellen und "als politische Gefahr" (Fritz Stern) auszubuhnen sei.

Paradigmawechsel und Wertewandel kamen unvorhergesehen und überraschend. Sie hatten jedoch ihre Vorgeschichte, zu der die amerikanische Besatzung zählt. Daß just dieser Zeitabschnitt (1945-1955) aus der Betrachtung ausgespart werden sollte, war merkwürdig und weckte die Neugier. ...<<

USA: Die "Antibabypille" wird im Jahre 1960 in den USA zugelassen (Deutschland: 1962) und revolutioniert schon bald das Sexualverhalten der Menschen.

Mittel- und Südamerika: Im Jahre 1960 unterzeichnen sechs südamerikanische Staaten und Mexiko ein Abkommen über die Schaffung einer Lateinamerikanischen Freihandelszone.

Kuba: Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro enteignet und verstaatlicht im Jahre 1960 den nordamerikanischen Besitz und kündigt den US-Beistandspakt von 1952.

China: Infolge der maoistischen Kollektivierungspolitik entwickelt sich in den Jahren 1960-62 (sogenannte "drei bittere Jahre") eine katastrophale Hungersnot, die Millionen von Menschenleben fordert.

Marokko: Ein Erdbeben in Agadir fordert im Jahre 1960 etwa 12.000 Todesopfer (x175/60).

1961

Kommunismus: Ausbeutung der Starken durch die Schwachen.

Pierre Proudhon (1809-1865, französischer Philosoph)

01.01.1961

DDR: Von den 1.482 mitteldeutschen Apotheken befinden sich Anfang 1961 nur noch 113 in Privatbesitz.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Apotheken in der

SBZ (x009/24): >>... Verpachtete "Staatliche Apotheken" gehen mit dem Abgang des Besitzers automatisch in die Führung des Kreises über; dieser kann Einrichtung und Vorräte gegen Entschädigung übernehmen, muß es aber nicht.

Die Enteignungsmaßnahmen haben zur Abwanderung zahlreicher Apotheker und damit zu bedrohlichem Personalmangel geführt. Der Versuch, diesem durch Kurzausbildung von Apothekenassistenten zu begegnen, ist mißlungen. ...

Die Führung der "Staatlichen Apotheken" und die Aufsicht über die übrigen Apotheken liegt bei der Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen des Rates jedes Kreises in der Hand des Kreisapothekers. Das Rechnungswesen ist unter großem Verwaltungsaufwand zentralisiert.<<

03.01.1961

USA: US-Präsident Eisenhower bricht am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

15.01.1961

BRD: Der Sudetendeutsche Rat beschließt am 15. Januar 1961 zwanzig Punkte zur Sudetenfrage (x155/82-84): >>... 1. Die Sudetenfrage - und damit auch die "Sudetenkrise" im Herbst 1938 kann nur auf dem Hintergrund der Entstehung der Tschechoslowakei im Jahre 1918/19 richtig verstanden werden.

2. Seit mehr als 700 Jahren siedelten Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien. Diese Länder gehörten bis 1806 zum Römisch-Deutschen Reich, bis 1866 zum Deutschen Bund und bis 1918 zu Österreich-Ungarn.

3. Unter Berufung auf das von dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker haben die Gründer der Tschechoslowakei bei den Friedensverhandlungen 1918/19 durchgesetzt, daß Böhmen, Mähren und Österreich-Schlesien von Österreich, die Slowakei und die Karpaten-Ukraine von Österreich-Ungarn abgetrennt wurden.

Unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes haben die Gründer der Tschechoslowakei durchgesetzt, daß 3,5 Millionen Sudetendeutsche und 1,3 Millionen Magyaren, Ukrainer und Polen gegen ihren erklärten Willen in einen Vielvölkerstaat kamen, der aber als "tschechoslowakischer" Nationalstaat konstruiert worden ist. ...

4. Nach der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930 umfaßten die geschlossenen sudetendeutschen Gebiete 50 politische Bezirke (Landkreise) oder 120 Gerichtsbezirke oder 3.338 Gemeinden mit einer deutschen Bevölkerungsmehrheit von durchschnittlich mehr als 80 %. Die Größe des Territoriums beträgt 25.775 qkm.

Außerdem gab es noch 59 sudetendeutsche Sprachinselmunicipalitäten. Ferner lebten 313.666 Sudetendeutsche als örtliche Minderheiten im tschechischen Sprachgebiet.

5. Die Sudetendeutschen haben vergeblich versucht, auf dem Boden der ihnen oktroyierten (aufgezwungenen) Verfassung die Sicherung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Existenz, die Autonomie ihres kulturellen Lebens und eine proportionale Beteiligung an staatlichen Mitteln, Einrichtungen und Beamtenstellen zu erreichen. Von 1926 bis 1938 haben sich deutsche Parteien an der Regierung der Tschechoslowakischen Republik beteiligt; sie repräsentierten bis 1935 75 % der sudetendeutschen Wähler.

Erst das Mißlingen dieser Bemühungen, der zur Dauererscheinung gewordene soziale Notstand und die Ablehnung der autonomistischen Lösungsvorschläge der Sudetendeutschen Partei haben die Mehrheit der Sudetendeutschen unter dem Einfluß der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im benachbarten Deutschen Reich in zunehmendem Maße veranlaßt, eine andere Lösung anzustreben.

6. Die Sudetendeutschen waren im Jahre 1938 ebenso nur Objekt der Politik der Großmächte wie am Ende des Ersten Weltkrieges. Hitler hat mit dem Schicksal der Sudetendeutschen ein gewissenloses Spiel getrieben und die Entwicklung zum Münchener Abkommen erzwungen.

...

8. Der expansive tschechische Nationalismus benützte 1945 im Bunde mit dem sowjetischen Imperialismus den Zusammenbruch des Deutschen Reiches, um die Sudetendeutschen aus ihrem angestammten Siedlungsgebiet zu vertreiben und sie ihres Volksvermögens zu berauben. Dieser Vorgang ist - ganz abgesehen von den dabei vorgekommenen Grausamkeiten und Morden - eine millionenfache Verletzung der menschlichen Grund- und Freiheitsrechte.

9. Heute leben über 2 Millionen Sudetendeutsche in der Bundesrepublik Deutschland, davon eine Million in Bayern. Etwa 800.000 Sudetendeutsche leben in der Sowjetzone Deutschlands, 140.000 in Österreich, 24.000 in anderen europäischen und überseeischen Ländern und rund 200.000 in der Tschechoslowakei. Rund 240.000 Sudetendeutsche kamen bei der Vertreibung ums Leben. ...

11. Nicht nur die Sudetendeutschen, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit werden sich niemals mit der Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat abfinden. ...

12. ... Wir kennen keine Kollektivschuld des tschechischen Volkes an unserer Vertreibung und beurteilen alle Personen danach, wie sie heute über die Vertreibung denken und wofür sie sich heute aufrichtig einsetzen. Den Vorwurf des "Revanchismus" können wir daher guten Gewissens zurückweisen.

Auf Wiederherstellung des durch die Vertreibung verletzten Rechtes und die Wiedergutmachung der erlittenen Schäden werden wir hingegen nicht verzichten.

13. Von der Bundesregierung erwarten wir, daß sie niemals die Vertreibung und Enteignung von mehr als 3 Millionen deutschen Staatsbürgern in Böhmen, Mähren und Schlesien hinnimmt, sondern daß sie deren Rechte in jeder Beziehung wirksam vertritt. ...<<

17.01.1961

USA: US-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärt am 17. Januar 1961 während seiner Abschiedsrede an die Nation (x068/307-308): >>Bis zum Zweiten Weltkrieg hatten die Vereinigten Staaten keine Rüstungsindustrie. Amerikanische Pflugfabriken konnten ... (eventuell) auch Schwerter schmieden. ... Wir sind gezwungen gewesen, eine umfangreiche und bleibende Rüstungsindustrie aufzubauen. ...

Wir sind uns der unbedingten Erforderlichkeit einer solchen Entwicklung bewußt. Aber wir dürfen nicht die schweren Implikationen vergessen, die diese Entwicklung mit sich bringt. ... Wir müssen uns hüten ... vor dem military-industrial complex ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die politische, militärische und industrielle Zusammenarbeit in den Vereinigten Staaten von Amerika (x068/308-311): >>... Die Symbiose der militärischen, industriellen und finanziellen Macht der USA ist umfassend und beherrscht so gut wie alles, vom FBI und CIA bis zu den Medien, Hochschulen und Kirchen. Eng verfilzt verfügt die Führung dieses Komplexes fast allein über den Staat, über ein so ungeheures Potential wie kein anderes Land der Welt.

Das US-Verteidigungsministerium beschäftigte bereits in den fünfziger Jahren einige fünf Millionen Menschen und besaß ein geschätztes Eigentum von 160 Milliarden Dollar (damals 640 Milliarden DM). Der Kommissionsvorsitzende des Berichts über diese und weitere Angaben nannte seinerzeit das US-Verteidigungsministerium "unter allen Aspekten bei weitem die größte Organisation der Welt", sehr viel größer als selbst die katholische Kirche. ...

Zwei Drittel des Verteidigungshaushaltes fließen in die private Industrie. Dabei werden Jahr für Jahr auch noch Rüstungsprodukte ans Ausland geliefert, für tausende Millionen Dollar. Kriegsmaschinerie und Industrie sind untrennbar verflochten. Hunderte von Kongreßabgeordneten dienen auch der Industrie, viele auch der Rüstungsindustrie, ja, sie sind deren Interessenvertreter oft mehr als die des Staates.

Viele Senatoren, viele Generäle, Admiräle scheinen überhaupt Politik und Militär bloß als

Sprungbrett in die Industrie zu benutzen, ins eigentliche Leben, dorthin, wo der Dollar rollt und wo sie durch entsprechende Aufträge sich vorher schon eingeführt, sozusagen eingekauft haben. Unter Reagan sollen höhere Regierungsmitarbeiter durchschnittlich nur zwei Jahre tätig gewesen sein, bevor sie ins Geschäft überwechselten, das im Grunde schon die Politik für sie war.

Doch ist der Wechsel von der Politik in die Wirtschaft oder umgekehrt in den USA seit langem selbstverständlich. So wurde der Hohe Kommissar in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, John McCloy, Präsident der Ford-Stiftung, wurde der Präsident der Rockefeller-Stiftung, John Foster-Dulles, Außenminister ...

Besonders das Verteidigungsministerium wird wegen der riesigen Aufträge, die es vergibt, gern mit Industriekapitänen besetzt, einschließlich seiner Spitze. So war Trumans Verteidigungsminister James V. Forrestal Präsident der Bank Dillon, Read & Co. gewesen. Und Eisenhower's Verteidigungsminister Charles E. Wilson war der einstige Präsident von General Motors. Derart saßen in den US-Ministerien der fünfziger Jahre eine Fülle früherer Industriemanager, darunter nicht weniger als 18 vielfache Dollarmillionäre.

Noch häufiger als der Wechsel von der Politik ist wohl der von Militär zur Wirtschaft. Denn die großen Firmen bekommen vor allem dadurch Aufträge vom Pentagon, daß sie ehemalige hohe Offiziere in ihre Chefetagen setzen.

So wurde General Doolittle, vor der japanischen Kapitulation Kommandeur der 8. Air Force, Vizepräsident der Shell Oil. ... General Ridgway wurde nach dem Koreakrieg Präsident des Mellon Institute of Industrial Research, ... General Quesada Vizepräsident bei Lockheed usw. Allein diese Luftfahrtfirma hatte bereits in den sechziger Jahren 21 einstige Admiräle und einen Brigadegeneral als Mitarbeiter, die General Dynamics schon Ende der fünfziger Jahre 187 ehemalige Militärs in ihrem Personal, darunter 27 Generäle und Admiräle, die auch noch ein ehemaliger Armeeminister dirigierte. ...

"Das Losungswort in der Geschäftswelt heißt", schrieb die Zeitschrift 'Business Week', "sehen Sie zu, wie sie zu einem General kommen". ...

Doch wie die Industrie dem Militär dient, so das Militär wieder der Industrie. Es propagiert ganz offenkundig die heimischen Rüstungsfirmen, es fördert US-Waffenverkäufe ins Ausland. Vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses bekannte General Robert Wood 1964: "Wir laden Offiziere anderer Länder ein, um ihnen das militärische Gerät vorzuführen, das sie kaufen könnten. Dann haben wir ein Programm, um sie im Gebrauch gewisser Waffen und Ausrüstungen zu schulen, in der Hoffnung, daß sie dies kaufen werden. Es handelt sich in der Tat um eine Absatzförderung". ...

Anrühlich ist im Bereich dieses Komplexes im Grunde nur eins: der Pazifismus. Er ist der eigentliche Feind, Feind Nummer Eins.

Der auswärtige Feind, auch und gerade der schlimmste, ist im Grunde ein Freund, ein Bundesgenosse gewissermaßen, zumindest einer, von dem man lebt, ohne den man kaum leben, kaum größer, noch reicher werden kann, einer, dessen Aufrüstung und Macht man zur Rechtfertigung eigener Aufrüstung und Macht geradezu braucht, auch zur Forderung nach Gehorsam, nach Anpassung, Unterordnung, nach "Verantwortung", obwohl und gerade weil man nirgends verantwortungsloser gegenüber dem Ganzen, der eigenen Volksgemeinschaft wie der Völkergemeinschaft, denkt und handelt als innerhalb dieses militärisch-industriellen Komplexes. Wer seine Kreise stört, wer seine Kreise, denn mehr scheint kaum noch möglich, zu stören sucht, wird vernichtet.

Unternahm Kennedy, der dem warnenden Vorgänger folgte, einen solchen Versuch? ...<<

19.01.1961

DDR: Das Oberste Gericht der DDR entscheidet in einem Urteil vom 19. Januar 1961, daß eine Ehefrau in der sozialistischen Gesellschaft grundsätzlich keinen Unterhaltsanspruch ge-

gen den Mann hat.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Unterhaltungspflicht" in der SBZ (x009/447): >>Die Ehefrau hat grundsätzlich keinen Anspruch gegen den Mann auf Unterhalt, da die Ehe in der sozialistischen Gesellschaft ihren früheren Charakter als "Versorgungsanstalt für die Frau" verloren hat.

Auch die Ehefrau und Mutter ist verpflichtet, "gesellschaftlich nützliche Arbeit" zu verrichten. Unter dem Vorwand, der Frau auf diese Weise zur Gleichberechtigung zu verhelfen, soll sie genötigt werden, neben ihrer Hausfrauenarbeit einen Beruf auszuüben. Durch die so zu erlangende wirtschaftliche Selbständigkeit könne sich die Frau in ihrer Persönlichkeit weit besser entfalten und entwickeln als in der Enge ihrer Häuslichkeit (Oberstes Gericht, Urteil vom 19.1.1961, Neue Justiz 1961, S. 213).

Das gilt um so mehr für die geschiedene Frau. Sie ist, selbst wenn sie die Kinder zu versorgen hat, grundsätzlich verpflichtet, ihren Unterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen und dadurch "ihrer politisch-moralischen Pflicht beim Aufbau des Sozialismus" durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft nachzukommen. Nur in Ausnahmefällen, in denen die geschiedene Frau arbeitsunfähig und deshalb außerstande ist, ihren Unterhalt selbst zu bestreiten, kann ihr für die Übergangszeit ein Unterhalt zugebilligt werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gleichberechtigung der Frau" in der SBZ (x009/160): >>Art. 7 der Verfassung der DDR bestimmt: "Mann und Frau sind gleichberechtigt ..."

In der Auslegung dieses Artikels weist die SED-Propaganda darauf hin, daß wirkliche Gleichberechtigung der Frau nur dadurch möglich wird, daß auch die Frau neben dem Mann einer geregelten Berufstätigkeit nachgeht. Der Unterhaltsanspruch von Ehefrauen, insbesondere nach Ehescheidungen, wird unter Hinweis auf die Gleichberechtigung der Frau in der SBZ nicht anerkannt.

Mit der Parole "Einbeziehung der Frau in den Produktionsprozeß" versucht die SED, den akuten Arbeitskräftemangel zu verringern, und hofft, die Frauen an ihrem Arbeitsplatz besser politisch beeinflussen zu können. Bisher gelang es, 50-60 % der 6 Millionen Frauen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren in die Produktion einzuspannen. ... 93 % aller berufstätigen Frauen arbeiten in den untersten Lohngruppen, gehören also zu den schlechtest bezahlten Arbeitskräften in der SBZ.

Die nichtberufstätigen Frauen werden aufgefordert, in Hausfrauenbrigaden einzutreten und sich an "freiwilligen", unbezahlten Sondereinsätzen, hauptsächlich im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes zu beteiligen. Allein bei einem kurzfristigen Fraueneinsatz 1959 sollen angeblich 1,8 Millionen fälliger Lohngehälter eingespart worden sein. Als Gegenleistung wird den Frauen versprochen, sie könnten gleichberechtigt jede Position erreichen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Frauenarbeit" in der SBZ (x009/139): >>Alle gesetzlichen Bestimmungen über Frauenarbeit gehen zurück auf Artikel 7 der Verfassung der DDR: "Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung entgegenstehen, sind aufgehoben." ...

Die verstärkte Frauenarbeit erwies sich vor allem zur Durchführung des Fünfjahresplanes (von 1951 bis 1955) als notwendig. Wegen des großen Arbeitskräfteproblems wird die Halbtagsarbeit für Frauen mit Familie in zunehmendem Maße propagiert (Hausfrauenbrigaden). Nachtarbeit ist zulässig. Der besondere Arbeitsschutz für Frauen ist stark eingeschränkt. Zwar ist die Frauenarbeit für eine ganze Reihe von Tätigkeiten verboten, doch gilt das Verbot nicht, wenn die Produktionstechnik die Frauen angeblich nicht gefährdet.

Der Schutz für Schwangere beschränkt sich auf das Verbot von Arbeiten, "die nach Urteil des Betriebs- oder Beratungsarztes der Sozialversicherung Leben und Gesundheit des zu erwartenden Kindes gefährdet" (§ 21 der Verordnung zum Schutz der Arbeitskraft vom 25.10.1951)

...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hausfrauenbrigaden" in der SBZ (x009/176): >>Wegen des großen Arbeitskräftemangels sollen in verstärktem Umfange Hausfrauen stundenweise, halbtags oder einige Tage in der Woche in Produktionsbetrieben arbeiten. Sie werden zu Hausfrauenbrigaden zusammengefaßt.

Ende 1960 arbeiteten rund 4.000 Brigaden mit etwa 30.000 Mitgliedern. Dazu kamen 1961 etwa 2.500 neue Brigaden. Die Hausfrauen mußten stellenweise unentgeltlich arbeiten oder wurden nur nach den niedrigsten Lohnsätzen bezahlt und genossen keinen ausreichenden Versicherungsschutz (Sozialversicherungs- und Versorgungswesen). Auch wurden sie in einigen Betrieben eingesetzt, um ohne große Kosten Planrückstände aufzuholen.

Erst durch eine Verfügung der Staatlichen Plankommission und des Komitees für Arbeit und Löhne vom 12.5.1960 wurden die tarifliche Bezahlung und ein gewisser Versicherungsschutz angeordnet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gemeinschaftsküchen" in der SBZ (x009/148): >>Einrichtungen zur Bereitung der Mahlzeiten in Kollektivbetrieben.

Gemeinschaftsküchen sollen wie Gemeinschaftskindergärten u.ä. Einrichtungen die Arbeitskraft der Ehefrauen und Mütter für das Kollektiv freisetzen. In der SBZ dienen die Gemeinschaftsküchen in den LPG vor allem dazu, den Genossen und Erntehelfern ohne größeren Zeitverlust eine warme Mahlzeit am Tage zu bieten. Sie entsprechen als "gesellschaftliche Speisung" den Kantinen in den Lohnarbeiterbetrieben.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitskräfte" in der SBZ (x009/31): >>Die Arbeitskräfte-Reserven sind in der SBZ nahezu ausgeschöpft.

Praktisch stehen alle arbeitsfähigen Personen im Arbeitsprozeß; von den weiblichen arbeitsfähigen Personen sind etwa 70 % berufstätig. Unter den 8 Millionen Beschäftigten sind mindestens 600.000 Empfänger von Altersrenten, die für die Fortsetzung oder Wiederaufnahme eines Arbeitsverhältnisses gewonnen wurden.

Der Anteil, der Frauen an den Berufstätigen liegt mit 45 % weit über dem entsprechenden Frauenanteil in der Bundesrepublik (BRD 1959: 37 %).<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Oma-Bewegung" in der SBZ (x009/316): >>Ein von den Ortsausschüssen des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) organisierter "freiwilliger Arbeitseinsatz" der über 65 Jahre alten Frauen und Rentnerinnen.

Sie sollen Haushalts- und Kinderbetreuung in fremden Familien sowie Ausbesserungs- und ähnliche Arbeiten übernehmen und auf diese Weise die Kampagne der SED gegen das "Nur-Hausfrauentum" unterstützen. Die von der Oma-Bewegung entlasteten Frauen und Mütter sollen im Produktionsprozeß tätig werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Veteranenklubs" in der SBZ (x009/462): >>Einrichtung zur politischen Erfassung und Beeinflussung der wegen ihres hohen Alters nicht mehr Berufstätigen. Über die Veteranenklubs werden die Veteranen auch als Arbeitskräftereserven zu Dienstleistungen, Postzustelldienst und andere Hilfsarbeiten herangezogen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Familienpolitik" in der SBZ (x009/121): >>Die Familienpolitik in der SBZ orientiert sich seit 1949/50 ganz am sowjetischen Modell.

Der Wert der Familie soll durch ihren Wert für die Arbeiter- und Bauern-Macht bestimmt werden. Die Familie hat demnach eine 3fache Funktion:

1. Sie hat Sorge zu tragen für die Sicherung eines ausreichenden Kadernachwuchses für alle Gebiete des staatlichen Lebens. Kinderreiche erhalten finanzielle Zuwendungen durch den

Staat. Schwangerschaftsunterbrechungen sind nur aus gesundheitlichen Gründen statthaft. -

2. Die Familie soll ihre Interessen mit den Interessen der staatlichen Planwirtschaft identifizieren. Die Familienpolitik erstrebt vor allem die Einbeziehung der Ehefrau und Mutter in den Produktionsprozeß. Der Bau von Heimen und Horten für Kinder berufstätiger Mütter wird forciert. Eine berufliche und politische Tätigkeit kann die Ehefrau auch ohne das Einverständnis des Mannes ausüben. Längere Abwesenheit vom gemeinsamen Wohnsitz ist kein Scheidungsgrund. Grundsätzlich soll alle Arbeit zur Erfüllung der Wirtschaftspläne als Arbeit für das Wohlergehen der Familie verstanden werden. -

3. Die Familie soll in engster Zusammenarbeit mit der Schule und FDJ Erziehungsstätte des "sozialistischen Menschen" sein. Der 1954 veröffentlichte Entwurf eines Familiengesetzbuches betont den Anspruch des Staates auf maßgeblichen Einfluß in der Kindererziehung und macht den Eltern u.a. zur Pflicht, ihre Kinder im Sinne der "Arbeiter- und Bauern-Macht" zu erziehen. Andernfalls ist die zuständige staatliche Dienststelle berechtigt, "die erforderlichen Anordnungen zu treffen", d.h. die Kindererziehung völlig in staatliche Regie zu nehmen.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Mutterschutz" in der SBZ (x009/300): >>Das Arbeitsgesetzbuch enthält gewisse Schutzbestimmungen für Mütter.

So dürfen schwangere Frauen und stillende Mütter nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, die nach dem Gutachten des Betriebsarztes oder des Arztes der Schwangerenberatungsstelle das Leben oder die Gesundheit der Frau oder des Kindes gefährden könnten. Eine schwangere oder stillende Frau darf aber eine leichtere oder geeignetere Arbeit nicht verweigern. Zu Überstunden oder Nachtarbeit dürfen schwangere Frauen oder stillende Mütter nicht herangezogen werden. Im übrigen dürfen Frauen, die in ihrem Haushalt Kinder im Alter bis zu 6 Jahren oder andere pflegebedürftige Haushaltsangehörige ohne ausreichende Hilfe zu betreuen haben, Überstunden und Nachtarbeit ablehnen.

Schwangere erhalten vor der Niederkunft nur 5 Wochen Urlaub (in der Bundesrepublik dürfen Schwangere in den letzten 6 Wochen vor der Geburt nicht beschäftigt werden). Nach der Niederkunft besteht Anspruch auf 6 Wochen Urlaub. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Gesundheitsschutz für "Mutter und Kind" in der SBZ (x009/300): >>Hinter der Bezeichnung des "Gesundheitsschutzes für Mutter und Kind" verbirgt sich ein System von Maßnahmen zur Nutzung jeder erreichbaren Arbeitskraft auch von Frauen, bei gleichzeitiger Förderung der Geburtenhäufigkeit, außerdem aber zur frühzeitigen Einspannung der Jugendlichen in den Produktionsprozeß.

Zu nennen sind insbesondere Schwangerenberatung, Dispensaire für Mutter und Kind, einmalige Beihilfen für "kinderreiche Mütter" (von der Geburt des 3. Kindes an) neben staatlichem Kindergeld, Einrichtung sehr vieler Kinderkrippen und Kindergärten im Bereich von Großbetrieben, zahlreiche Bestimmungen des Arbeitsschutzes, die tatsächlich vor allem die industrielle Arbeit der Mütter auch von Kleinstkindern ermöglichen sollen, dabei besonders die von "alleinstehenden" Müttern. Aber auch der umfassend angelegte Jugendgesundheitsdienst ist aus diesem Zweck zu verstehen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Familienrecht" in der SBZ (x009/122): >>... Nach dem Entwurf (des neuen Familiengesetzbuches) können die Ehegatten entweder einen gemeinsamen Familiennamen führen oder ihren bisherigen Namen beibehalten.

Als gemeinsamer Familienname kann der Name des Mannes oder der Frau gewählt werden. Wollen die Eheleute ihren bisherigen Namen behalten, so müssen sie bei der Eheschließung in das Familienbuch eintragen lassen, ob die Kinder den Namen des Mannes oder den der Frau tragen sollen.

Beiden Elternteilen steht im gleichen Maße das Sorgerecht zu. Nichteheleiche Kinder haben im Verhältnis zu ihren Eltern und deren Verwandten grundsätzlich die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes. Sie beerben jedoch nicht die Verwandten des Vaters. Das elterliche Sorgerecht besitzt nur die Mutter. ...

... Bei der Ehescheidung ist das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt worden. Danach ist die Ehe zu scheiden, wenn sie objektiv zerrüttet ist und deshalb ihren Sinn für die Gesellschaft und damit auch für die Eheleute verloren hat. ...

Da in der sozialistischen Gesellschaft jeder arbeitsfähige Mensch seinen Unterhalt durch eigene Arbeit verdienen muß, hat die Ehefrau grundsätzlich keinen Anspruch auf Unterhalt. ... Sämtliche Eheleute leben in Gütertrennung. ...<<

30.01.1961

DDR: Der Staatsrat beschließt am 30. Januar 1961, die Strafen gegenüber "Feinden der Arbeiter- und Bauernmacht" zu verschärfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428): >>Eine richtige Strafpolitik soll gewährleisten, daß die noch vorhandene Kriminalität mehr und mehr verschwindet, und daß sich das sozialistische Bewußtsein in vollem Umfange entfaltet.

Um in der richtigen Weise mit strafrechtlichen Mitteln auf bestimmte Handlungen oder Unterlassungen reagieren zu können - um also eine richtige Strafpolitik zu treiben -, bedarf es einer ständigen Analyse der jeweiligen Situation im Klassenkampf. Anleitungen an die Richter für eine im Sinne der SED liegende Strafpolitik hat es wiederholt gegeben.

Von besonderer Bedeutung ist der Beschluß des Staatsrates "über die weitere Entwicklung der Rechtspflege" vom 30.1.1961. Dieser ordnet an, daß "gegenüber Feinden der Arbeiter- und Bauernmacht und solchen Personen, die schwere Verbrechen im Auftrage oder unter Einfluß imperialistischer Agenturen begehen, die Gesetze mit aller Härte" anzuwenden sind, während bei den anderen straffällig gewordenen Personen, deren Straftat zu ihrem sonstigen - politisch-sozialistischen - Verhalten in Widerspruch steht, "in der richtigen Weise zu differenzieren" ist.

Damit ist also das entscheidende Kriterium für eine strafrechtliche Sanktion und für die einer Straftat innewohnende Gesellschaftsgefährlichkeit darin zu sehen, ob der Täter als "Feind der Arbeiter und Bauernmacht" zu bezeichnen ist oder nicht. ...<<

31.01.1961

Berlin: Die SED-Regierung verbietet am 31. Januar 1961 eine Tagung der gesamtdeutschen Evangelischen Synode in Ost-Berlin.

03.02.1961

Polen: Das polnische Blatt "Tygodnik Powszechny" kritisiert am 3. Februar 1961 Kardinal Döpfner wegen angeblicher Gleichstellung der deutschen und polnischen Schuld (x125/121-122): >>... Die polnische Nation nimmt keine nationalistische Haltung gegenüber den Deutschen ein; sie ist bereit, sich mit ihnen unter den von Kardinal Döpfner formulierten Bedingungen zu versöhnen.

Wenn die Polen das Übel, das sie erlitten haben, nicht vergessen, so vor allem deshalb, weil diese Übel von jenen vergessen wurden, die sie begingen.<<

11.04.1961

Israel: In Jerusalem beginnt am 11. April 1961 der sog. "Eichmann-Prozeß".

SS-Obersturmbannführer Eichmann leitete seit 1938 die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und organisierte ab 1941 die Massentransporte in die NS-Vernichtungslager.

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den "Eichmann-Prozeß" (x169/11-13): >>... Mein ursprüngliches Interesse an dem Thema der Vernichtung der Juden durch die Nazis war per-

sönlich motiviert. Mein Vater wie meine Mutter waren Überlebende des Warschauer Ghettos und der Konzentrationslager der Nazis. Abgesehen von ihnen selbst sind alle Familienmitglieder meiner beiden Eltern von den Nazis ausgelöscht worden.

Meine erste Erinnerung an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ist, ... der Anblick meiner Mutter, die den Eichmann-Prozeß (1961) wie gebannt im Fernsehen verfolgte, als ich von der Schule nach Hause kam. Obwohl sie erst sechzehn Jahre vor dem Prozeß aus dem Konzentrationslager befreit worden waren, waren die Eltern, die ich kannte, in meinen Augen immer durch einen unüberbrückbaren Abgrund davon getrennt.

An der Wand des Wohnzimmers hingen Fotografien der Familie meiner Mutter. (Photos der Familie meines Vaters gingen im Krieg verloren.) Was mich mit meinen Verwandten verband, konnte ich nie ganz begreifen, noch viel weniger konnte ich mir vorstellen, was mit ihnen geschehen war. Es waren die Schwestern, der Bruder und die Eltern meiner Mutter, nicht meine Tanten, mein Onkel oder meine Großeltern.

Ich erinnere mich, als Kind John Herseys "The Wall" und Leon Uris' "Mila 18" gelesen zu haben, beides waren romanhafte Schilderungen des Warschauer Ghettos. (Ich weiß noch, wie meine Mutter eines Tages klagte, daß sie, versunken in die Lektüre von "The Wall", auf dem Weg zur Arbeit nicht an ihrer U-Bahnstation ausgestiegen war.)

So sehr ich es versuchte, es gelang mir auch nicht für einen Augenblick, in meiner Vorstellung den Sprung zu vollziehen, der meine Eltern in ihrer ganzen Alltäglichkeit mit dieser Vergangenheit in Verbindung gebracht hätte. Ehrlich gesagt, ich kann das noch immer nicht.

Doch es gibt einen wichtigeren Punkt: Abgesehen von dieser Präsenz von Phantomen kann ich mich nicht erinnern, daß die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis je in meine Kindheit eindrang. Das lag hauptsächlich daran, daß außerhalb meiner Familie sich niemand dafür zu interessieren schien, was geschehen war.

Der Freundeskreis meiner Kindheit las umfassend über die Tagesereignisse und diskutierte leidenschaftlich darüber. Doch ich kann mich ehrlich gesagt an keinen einzigen Freund (oder an Eltern eines Freundes) erinnern, der auch nur einmal gefragt hätte, was meine Mutter und mein Vater durchgemacht hatten. Das war kein respektvolles Schweigen. Es war nichts weiter als Gleichgültigkeit. In diesem Licht kann man die Ergüsse des Grauens in späteren Jahrzehnten, als die Holocaust-Industrie fest etabliert war, nur mit Skepsis betrachten.

Daß die amerikanischen Juden die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis "entdeckt" haben, scheint mir manchmal schlimmer als die Tatsache, daß sie in Vergessenheit geraten war. Es ist wahr: Meine Eltern grübelten allein für sich über ihr Leid nach; was sie erlitten hatten, wurde nicht öffentlich bestätigt. Aber war das nicht besser als die derzeitige dreiste Ausbeutung jüdischen Märtyrertums?

Ehe aus der Massenvernichtung der Juden DER HOLOCAUST wurde, waren zu dem Thema nur ein paar wissenschaftliche Untersuchungen - zum Beispiel Raul Hilbergs "Die Vernichtung der europäischen Juden" - und Memoiren wie Viktor Frankls "... trotzdem Ja zum Leben sagen" und Ella Lingens-Reiners "Prisoners of Fear" veröffentlicht worden. Doch diese kleine Sammlung von Edelsteinen ist besser als die Regale über Regale mit trivialer Literatur, die nun Bibliotheken und Buchläden füllen. ...<<

17.04.1961

Kuba: Vom US-Geheimdienst CIA ausgebildete Exilkubaner landen am 17. April 1961 in der Schweinebucht, um Kubas Regierung zu stürzen.

Die mangelhaft vorbereitete Invasion der Exilkubaner wird jedoch von den kubanischen Regierungstruppen innerhalb von 3 Tagen zerschlagen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Invasion in der Schweinebucht (x068/318-322): >>... Lateinamerika war nach 1945 für die USA ins Abseits, fast in Vergessenheit geraten, durch die Europa-Konjunktur und das

Geschäft im Koreakrieg - selbst das kommunistische Jugoslawien hatte bis 1960 mehr Geld von den Vereinigten Staaten erhalten als ganz Lateinamerika zusammen.

Das war nicht immer so, wie wir wissen. Seit langem bildeten Mittel- und Südamerika das alleinige Jagdrevier der USA. Seit langem haben sie mittels der Monroe-Doktrin, des Roosevelt-Ergänzungsartikels, der Dollar-Diplomatie, der Politik des "big stick" und der "guten Nachbarschaft" in Lateinamerika investiert und es mit all ihren Investitionen, Krediten, ihrer Wirtschafts-, ihrer Entwicklungshilfe, jämmerlich geschröpft, seine Rohstoffe ausgebeutet, seine Menschen verelendet, so daß Lateinamerikaner Vizepräsident Nixon mit Steinen bewarfen, bespion.

Gibt man Kredite, so, als guter Samariter, mit der Auflage, vom größten Teil des Geldes amerikanische Waren zu kaufen, deren Preise man dann bald kräftig zu erhöhen pflegte. Beispielsweise brachten im Jahr 1960 für Lateinamerika 194 Millionen Dollar Staatskredite 641 Millionen Dollar private Gewinne ein; 1962 ebendort 587 Millionen Dollar Staatskredite, 761 Millionen Dollar private Gewinne, 1964 447 Millionen Dollar Staatskredite, 895 Millionen Dollar private Gewinne. Man sieht: sichtbarlich ruht Gottes Segen auf guten Taten.

Insgesamt holten die USA zwischen 1959 und 1965 aus Lateinamerika für 1.251 Millionen Dollar neuer Investitionen 5.297 Millionen Dollar Gewinne heraus. Und aus Asien im selben Zeitraum für 1.374 Millionen Dollar neuer Investitionen 6.528 Millionen Dollar Gewinne. Auch hier segnete Gott wieder deutlich den Samariterdienst. Insgesamt übersteigen in dieser Zeit in Lateinamerika und Asien die Gewinne die Investitionen um 9.200 Millionen Dollar. Die Vereinigten Staaten von Amerika bereichern also, indem sie angeblich den armen Völkern helfen, nur sich selbst und machen die Armen noch ärmer.

Natürlich schufen und schafften die USA in all den von ihnen kontrollierten Ländern auch gewisse Verbesserungen. Doch was sie stets so lauthals, mit großen humanitären Gesten, Sendungsbewußtsein, mit Missionseifer im wörtlichen und noch weit mehr im säkularisierten Sinn verbrämten, kommt vor allem, wenn nicht oft ausschließlich, ihnen selbst zugute: Der Ausbau der Infrastruktur, die ihnen gemäße Formierung des Rechtslebens, der Politik, der Sicherheitskräfte, all das soll ihren Investitionen, Anlagen, ihren "Entwicklungskrediten" nur Stabilität garantieren, nur ihr Geld vermehren.

Die heimgesuchten Völker werden derart bloß ausgenommen. In aller Regel. Mit aller Routine. Und mit allen Phrasen. Denn ein gewisses Dekoratum sucht man stets zu wahren. Doch hat "kein Amerikaner, der über Macht verfügt", wie Lateinamerika-Expertin Penny Leroux sagt, "je versucht herauszufinden, was die lateinamerikanischen Massen wünschen", und sie fügt hinzu, "und solange die großen Konzerne die Lateinamerika-Politik bestimmen, wird dies auch keiner tun."

Nun, Präsident Kennedy schaffte Abhilfe. Denn er wußte, nein, sprach es aus (was alle wissen): "Die Kluft zwischen Nordamerika und Lateinamerika wird hinsichtlich des Lebensstandards und des Reichtums hier und der Armut dort immer größer statt kleiner." Und gar kein Zweifel, an wem dies lag. So mußten die USA es sich auch "gefallen lassen", so Kennedy wieder selbst, "daß unsere früheren guten Nachbarn unseren Vizepräsidenten anspuckten".

Doch jetzt eben wollte er, John F. Kennedy, der Besieger Nixons, Signale setzen, ein gutes Beispiel geben, "ein Beispiel für die ganze Welt", wollte er den amerikanischen Kontinent "in einen Schmelztiegel revolutionärer Ideen und Taten verwandeln".

Unter Ausschluß selbstverständlich der übrigen Welt. "Laßt jede andere Macht wissen, daß die Hemisphäre beabsichtigt, Herr im eigenen Haus zu bleiben". Und schlug schon am 13. März allen lateinamerikanischen Staaten eine "Allianz für den Fortschritt" (Alliance for Progress) vor. Und schon am 17. April befiehlt er die Invasion in der Schweinebucht - schließlich hatte man "Herr im eigenen Haus zu bleiben ..."

Kuba, seit langem von ihm ausgepowert, war nach Abschaffung seiner Verfassung 1940 durch

Fulgencio Batista y Zaldivar immer tiefer in Not geraten - in schöner Verbundenheit mit dem "großen Bruder" im Norden, der zumindest, doch keinesfalls nur, mit lateinamerikanischen Despoten besonders gern kollaborierte, wie diese mit ihm. Gleich und gleich gesellt sich gern. Die Vereinigten Staaten waren die wirtschaftlichen Profiteure Kubas.

Sie kontrollierten 36 % seiner besten Ländereien, 37 % seiner Zuckerproduktion, 90 % der Bergbauindustrie, fast die ganze Energieversorgung, das Kommunikationssystem und den Tourismus. Die bestürzende Ungleichheit seiner Besitzverhältnisse trieb das Inselvolk einfach zur Revolution. Das haben Jean-Paul Sartre oder C. Wright Mills, die Kuba kurz danach besuchten, richtig gesehen.

Am 1. Januar 1959 floh Diktator Batista ins Exil, und am 13. Februar übernahm der einstige Rechtsanwalt Fidel Castro das Amt des Ministerpräsidenten und regiert noch heute, trotz mehrerer Mordanschläge, wofür Mafia-Boss Meyer-Lansky angeblich schon 1959 eine Million Dollar reserviert haben soll. Castro verstaatlichte ausländische Firmen und sozialisierte alle größeren kubanischen, auch sämtliche Banken.

Er verbesserte, unterstützt durch seinen Mitkämpfer, den argentinischen Arzt Ernesto "Che" Guevara, in kürzester Zeit die sozialen Verhältnisse. Er beseitigte die Korruption, die Arbeitslosigkeit und weitgehend den Analphabetismus, was Kennedy gelegentlich bestaunen konnte. Dabei arbeitete Castro mit den Kommunisten zusammen, ohne der Kommunistischen Partei beizutreten. Und er schloß mit Rußland und China Wirtschaftsabkommen.

Nach US-Untersuchungsausschüssen hatte das Schweinebucht-Unternehmen Richard Nixon angeregt. Vorbereitet wurde es (nachdem Eisenhower im März 1960 die Ausbildung von Exilkubanern für den Guerillakampf gegen Castro befohlen) von CIA und Mafia, auch zum Teil von der Mafia bezahlt.

Die Konzeption änderte sich jedoch; statt Guerillaeinschleusung bevorzugte man allmählich eine amphibische Invasion, einen direkten Angriff durch Landung an der kubanischen Küste. Dafür bildete man in Guatemala etwa 1.500 Kubaner aus, denen die amerikanischen Offiziere aber erzählten, sie seien nur ein kleiner Teil, ein Zehntel der gegen Castro geführten Streitkraft. In Wirklichkeit waren die USA fest entschlossen, sich nicht offen zu beteiligen.

Die Regierung Eisenhower hatte für die "Eventualplanung" 13 Millionen Dollar abgezweigt, die Sperrung des noch offenen kubanischen Zuckerkontingents für 1960 verfügt und schließlich am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen. Über den geplanten Angriff wurde Kennedy erstmals im November 1960 durch CIA-Chef Allen Dulles unterrichtet. Eisenhower hatte empfohlen, die Anti-Castro-Guerillakräfte "bis zum Äußersten" zu unterstützen, die "Anstrengungen fortzusetzen und zu beschleunigen".

Und Kennedy ermunterte zum Weitermachen, forderte dann auch als amtierender Präsident dazu auf, erklärte aber, nachdem man jede Geheimhaltung aufgegeben, in einer Pressekonferenz: "Unter keinen Umständen wird eine Intervention von Streitkräften der Vereinigten Staaten in Kuba erfolgen."

Immerhin bombardierten vor der Invasion in der Schweinebucht (Bahia de Cochinos) im Morgengrauen des 17. April 1961 US-Flugzeuge des Typs B-26 wichtige kubanische Flugplätze. Und als das kubanische Volk nicht, wie erwartet, gegen Castro aufstand, wohl aber 20.000 Mann Regierungstruppen mit Panzern und Artillerieunterstützung zur Küste vorstießen und die Angreifer in die Zange nahmen, da ließ Kennedy noch von dem vor Kuba liegenden Flugzeugträger "Essex" Düsenjäger ohne Kennzeichen in das Schweinebuchtgebiet starten, um einen B-26-Angriff aus Nicaragua zu decken.

Die ganze Aktion, stümperhaft geplant und ausgeführt, von der CIA gegenüber der Regierung nicht offen dargelegt, wurde bekanntlich ein einziges Fiasko mit schwerem Schaden für das Ansehen der USA in der ganzen Welt. C. Wright Mills telegraphierte einer Fair-Play-for-Cuba-Versammlung in San Francisco: "Kennedy und Co. haben uns wieder der Barbarei über-

antwortet ..."

Die Beliebtheit des Präsidenten bei seinen Landsleuten nahm jedoch zu. 82 % standen jetzt nach einer Gallup-Umfrage hinter ihm. Es war einmalig. "Genau wie bei Eisenhower", kommentierte er selbst. "Je mehr Unsinn ich verzapfe, desto beliebter werde ich."

Nach Stimmen aus Kennedys nächster Umgebung wurde er vor allem durch den ihn weder vollständig noch korrekt unterrichtenden Allen Dulles eher widerstrebend in das Abenteuer gerissen. Weitere Landemanöver jedenfalls unterband der Präsident, der gegen eine Kollaboration seiner Geheimdienste mit der organisierten Kriminalität war und sich so tödlich mit dieser verfeindete. Als nach seiner Beseitigung sein Bruder Robert der Mafia den Kampf ansagte und gleichfalls ermordet wurde, begann man die Mafia in den USA wieder sehr zu schonen. Schließlich tätigt sie auch nur Geschäfte im Land des Geschäfts, noch längst nicht die größten (und vermutlich nicht einmal die schlimmsten, so schlimm sie sind).

Besser schnitt Präsident Kennedy bei der zweiten Kubakrise im nächsten Jahr ab.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 über den CIA-Chef Allen Dulles (x342/40-41): >>**Mister X packt aus**

_ von Jürgen Elsässer

Die Schattenregierung (1946 bis 1970): Unter der Leitung von Dulles veränderte sich die CIA grundlegend: Ebenso wichtig wie die Nachrichtenbeschaffung wurden militärische Geheimoperationen im In- und Ausland.

John Foster Dulles machte nach 1945 Karriere in der Politik, nahm an den Moskauer Konferenzen über den Marshall-Plan teil und wurde 1949 Senator für New York. Dabei half ihm offensichtlich seine Mitgliedschaft in der Rockefeller Foundation und dem mächtigen Think-tank Council on Foreign Relations (CFR).

1952 wurde er unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower Außenminister und forcierte eine "Policy of Boldness" - so der Titel eines seiner Essays -, eine Politik zur "Befreiung" der sowjetischen Satellitenstaaten. Sie trat an Stelle der bloßen "Eindämmung" der UdSSR, wie sie von Amtsvorgänger Harry Truman praktiziert worden war. Besonders im Korea-Krieg führte dieses Spiel mit dem Feuer an den Rand des atomaren Abgrundes.

Allen Dulles begann sein Spiel über Bande mit den für die US-Politik brauchbaren Elementen des Nazismus schon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 wurde der Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) gegründet, der Vorläufer der späteren CIA. Dulles war OSS-Repräsentant in der neutralen Schweiz. Sein Büro in Genf wurde zum Anlaufpunkt für Widerstandskämpfer, Doppelagenten und kompromißbereite Nazis aller Art.

The Secret Team

Ende der vierziger Jahre wurde Allen Dulles Präsident des Council on Foreign Relations (CFR). Die mächtigste Denkfabrik der USA war mit Geldern von Rockefeller aufgebaut worden und sorgte für die Verzahnung von Monopol-Interessen mit der Regierungspolitik. 1950, nach Ausbruch des Koreakrieges, wurde er Berater der CIA, und zwar auf einer geheim gehaltenen Stelle als Chef für spezielle Operationen.

In dieser Funktion baute er ein globales Spinnennetz für verdeckte Aktivitäten auf, das in den kommenden Jahrzehnten und bis in die heutige Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte. Der Etat und die institutionellen Wege für diese Black Ops waren schier unbegrenzt, nachdem Allen Dulles im Jahr 1953 zum Direktor der CIA ernannt worden war, während sein Bruder John Foster an der Spitze des State Department stand.

Die Veränderung, die unter Dulles' Regime in der CIA vor sich ging, war einschneidend. Bei ihrer Gründung 1947 wurde die Agency als Behörde zur Informationsbeschaffung konzipiert und sollte in direkter Anbindung unter Präsident Harry S. Truman agieren. Dulles etablierte

militärische Geheimoperationen als zweites Aufgabenfeld und löste dieses aus der Kontrolle des Weißen Hauses. So entstand eine unkontrollierbare Doppelstruktur hinter der anfänglich harmlosen Fassade.

Der Mann, der dieses Secret Team innerhalb der CIA-Strukturen enthüllt hat, war L. Fletcher Prouty. Kinogänger kennen ihn aus Oliver Stones Film JFK, in dem er die Figur des Mister X (dargestellt von Donald Sutherland) inspiriert hat, der dem Staatsanwalt entscheidende Hinweise auf den CIA-Hintergrund der Kennedy-Ermordung gibt. Prouty war Militär von der Pike auf und kämpfte an fast allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges.

Von 1955 bis 1964 wurde er dem Hauptquartier der US-Air-Force zugeteilt und leitete dort die weltweiten Einsätze der Luftwaffe "zur militärischen Unterstützung geheimer Operationen der CIA" (so die Formulierung in der Direktive 5412 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1954). In den Jahren 1962/63 war er zusätzlich Chef der Special Operations für das Armee-Oberkommando (Joint Chiefs of Staff) unter Präsident Kennedy. Als dieser Mann zur Feder griff, schrieb er als Insider - und als Demokrat, der nach der Ermordung von JFK 1963 entsetzt war über die Entwicklung, die die CIA genommen hatte.

Blut an den Händen

Zu den Geheimoperationen der Dulles-Zeit gehörten etwa der Putsch gegen den gewählten iranischen Premier Mohammed Mossadegh im Jahr 1953, der den angloamerikanischen Ölinteressen im Wege war, und der Sturz der landarbeiterfreundlichen Regierung Guatemalas 1954. Außerdem nutzte Dulles auch seine Verbindungen, die er während des Zweiten Weltkrieges in Italien geknüpft hatte. Wichtigste Person war der Mussolini-Anhänger und zeitweilige Obersturmbannführer der Waffen-SS, Licio Gelli, der nach Kriegsende die Schleusung des NS-Kriegsverbrechers Klaus Barbie nach Lateinamerika organisiert hatte.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge auf ausländische Staatsmänner in Auftrag, etwa auf Fidel Castro, den kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba (getötet 1961) und den dominikanischen Präsidenten Rafael Trujillo (getötet ebenfalls 1961). Zu den berüchtigtsten Programmen der Dulles-Ära gehörte MK Ultra, bei dem man die Opfer mit Psychodrogen manipulierte und gefügig machte.

Zur Zusammensetzung der Schattenstruktur schreibt Prouty: "Im Herzen des Teams sind natürlich ein paar Spitzenbeamte der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) ... Um sie ist ein innerer Ring von Präsidentenberatern, Zivilisten und Militärs aus dem Pentagon sowie von Karrierebeamten aus den Geheimdiensten gruppiert. ... Außerhalb dieses Rings gibt es ein ausgedehntes und undurchschaubares Netzwerk von Regierungsbeamten, die Verantwortung für ein bestimmtes Aufgabenfeld haben, das mit Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhängt, oder Experten auf diesen Gebieten sind." ...<<

22.04.1961

DDR: Das Oberste Gericht der Deutschen Demokratischen Republik begründet am 22. April 1961 härtere staatliche Zwangsmaßnahmen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428-429): >>... In seiner Richtlinie Nr. 12 vom 22. April 1961 ("Neue Justiz" 1961, S. 289) erklärt das Oberste Gericht die Freiheitsstrafe als härteste staatliche Zwangsmaßnahme (neben der Todesstrafe) für notwendig "bei Verbrechen gegen den Frieden und die Deutsche Demokratische Republik, bei anderen schweren Verbrechen, insbesondere gegen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung, und bei Verbrechen von Tätern, die aus bisherigen Bestrafungen keine Lehren gezogen haben oder sich hartnäckig einem geordneten Leben in der sozialistischen Gesellschaft entziehen".

Kurzfristige Freiheitsstrafen sollen in den Fällen verhängt werden, in denen der Charakter der Tat trotz des Fehlens schwerwiegender Folgen die sofortige kurzfristige Isolierung des Täters erfordert, um ihn der weiteren erzieherischen Entwicklung durch die Gesellschaft zugänglich

zu machen.

Strafen ohne Freiheitsentzug erfordern eine "positive Grundeinstellung des Täters zur Gesellschaft, zum sozialistischen Staat". Sie sollen angewendet werden gegen Personen, die aus zeitweiliger Undiszipliniertheit oder Pflichtvergessenheit, aus ungefestigtem gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtsein, anderen rückständigen Auffassungen oder aus persönlichen Schwierigkeiten Straftaten begehen, ohne sich damit außerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu stellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Todesstrafe" in der SBZ (x009/442): >>Die Todesstrafe ist im Strafrecht der SBZ angedroht für das Verbrechen des Mordes und für schwere Fälle einiger Staatsverbrechen: des Staatsverrats, der Spionage, der Diversion und der Sabotage.

"Die Todesstrafe im Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) ist im Interesse der gesamten friedliebenden Menschheit in der augenblicklichen Entwicklungsphase nicht zu entbehren und beweist unsere Entschlossenheit, wenn es sein muß, auch mit den schärfsten Mitteln gegen die vorzugehen, die sich zu Handlangern der Unmenschlichkeit und der Kriegspolitik herabwürdigen".

Jedes Todesurteil muß nach Eintritt der Rechtskraft dem Vorsitzenden des Staatsrates zur Entschließung vorgelegt werden, ob er von seinem Gnadenrecht Gebrauch machen will. In diesen Fällen wird nach internen Weisungen immer eine Stellungnahme des Politbüros der SED herbeigeführt.

In der Mehrzahl der Fälle erfolgt keine Begnadigung: die Todesurteile werden durch Enthauptung vollzogen. Nach westlichen Beobachtungen, die nicht vollständig sein können, wurden von 1949 bis 1960 160 Todesurteile verhängt, davon 103 in politischen Strafverfahren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatsverrat" in der SBZ (x009/421): >>Schwerstes Staatsverbrechen strafbar nach § 13 StEG.

Mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren und Vermögenseinziehung, in schweren Fällen mit Todesstrafe oder lebenslänglichem Zuchthaus wird bestraft, wer es unternimmt,

1. die verfassungsmäßige Staats- oder Gesellschaftsordnung der DDR durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung zu beseitigen.
2. mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmäßige Tätigkeit des Staatsrates der Republik, seines Vorsitzenden oder seiner Stellvertreter, seiner Mitglieder oder seines Sekretärs, der Volkskammer oder der Länderkammer oder des Ministerrates oder ihrer Präsidien oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern,
3. das Gebiet der DDR einem anderen Staat einzuverleiben oder einen Teil desselben von ihr loszulösen".

Nach dieser Strafbestimmung wurden z.B. Ende 1958 24 Studenten der Universität zu insgesamt 110 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie in kleinen Gruppen Pläne zu einer politischen Neuordnung der SBZ diskutierten, ohne dabei die verfassungsmäßige Staatsordnung beseitigen zu wollen.

Den Tatbestand des "Verfassungsverrats" im eigentlichen Sinne kennt das sowjetzonale Strafrecht nicht.<<

01.05.1961

DDR: Während der Maifeier wird die NVA am 1. Mai 1961 zum "hohen sozialistischen Bewußtsein und zur Beherrschung der modernen Waffentechnik ermahnt".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Maifeier" in der SBZ (x009/270): >>Nach 1945 wurde in der SBZ die Maifeier zunächst wieder wie vor 1933 begangen als Kampf- und Feiertag der internationalen Solidarität der Werktätigen und als Bekenntnis zum Achtstundentag und zu den Zielen der Gewerkschaftsbewegung.

Doch mehr und mehr mißbrauchten die SED und der FDGB die Maifeier für ihre Agitations-

zwecke. Der 1. Mai 1952 wurde hingestellt als Tag des Friedenskampfes im sowjetischen Sinne, als Werbetag für eine "Aktionseinheit der Arbeiterklasse". ...

Die Losungen zum 1. Mai 1961 beweisen, wie sehr die Maifeier aus einer ursprünglich gewerkschaftlich-freiheitlichen Kundgebung zu einem Mittel der Parteiagitatio und der Staatsmachtpropaganda wurde.

Losung Nr. 21 fordert: "Erhöht die Arbeitsproduktivität ...

Nr. 23 verlangt: "Genossenschaftlich arbeiten, mehr produzieren ..."

In Nr. 34 heißt es: "Kampfgruppen, lernt aus den revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung!"

35 ermahnt die NVA: "Hohes sozialistisches Bewußtsein und Beherrschung der modernen Waffentechnik ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Staatsfeiertage in der SBZ (x009/418-419): >>Zu den herkömmlichen Feiertagen, unter denen der 1. Mai ("Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen") als Staatsfeiertag begangen wird, wurden durch Gesetz vom 21.4.1950 noch der "Tag der Befreiung" (8. Mai) und der "Tag der Republik" (7. Oktober) zu Staatsfeiertagen erklärt.

Außerdem wurden 1961 offiziell begangen am 1.3. der "Tag der nationalen Volksarmee", am 21.4. der "Vereinigungsparteitag" ("Gründungstag der SED"), am 24.4. der "Internationale Tag der Jugend gegen Kolonialismus und für friedliche Koexistenz", am 10.5. der "Tag des freien Buches", am 11.6. der "Tag des deutschen Eisenbahners", am 12.6. der "Tag des Lehrers", am 2.7. der "Tag des Bergmanns", am 10.9. der "Gedenktag für die Opfer des Faschismus" und am 10.11. der "Weltjugendtag".<<